

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

25. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 9. Januar.

12 Uhr. Am Ministerial-Matinee mit mehreren Commissarien. Ohne Discussion genehmigt das Haus in erster und zweiter Beratung die Gesetzentwürfe, betr. die Abänderung von Bestimmungen 1) des Gesetzes vom 30. Mai 1873 über das Grundbuchwesen in dem Bezirke des Justiz-Senats zu Guben, 2) des Gesetzes vom 23. März 1873 über das Grundbuchwesen im Jagdgebiete, 3) des Gesetzes vom 27. Mai 1873 über das Grundbuchwesen und die Verpfändung von Schiffen in der Provinz Schleswig-Holstein; 4) das Gesetz vom 28. Mai 1873 über das Grundbuchwesen in der Provinz Hannover mit Ausschluß des Jagd-Gebietes.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die Rad-felgenbeschläge der Fuhrwerke in der Provinz Hannover.

Abg. Schmidt (Sagan) glaubt, daß die provinzielle Regelung dieser Frage sich empfehle. Allein das Princip scheint ihm falsch. Man müßte nicht die Breite der Radfelgenbeschläge, sondern vielmehr die Tragfähigkeit der Achsen als Maßstab annehmen. Die ähnlichen Bestimmungen in den alten Provinzen seien schon obsolet geworden und es sei auch im Interesse der volkswirtschaftlichen Sparbarkeit notwendig, die hier vorgeschlagenen Bestimmungen mit möglicher Schonung, besonders in der Uebergangsperiode durchzuführen. Er, der Redner, werde dem Gesetze zustimmen, weil die Hannoveraner damit zufrieden seien, aber dasselbe dürfe kein Präjudiz für die alten Provinzen bilden.

Abg. v. Meyer (Arnsdorf) hält die Tragfähigkeit der Achsen nicht für den richtigen Maßstab; denn dieselbe sei verschieden je nach der Länge des Wagens, sowie nach der Temperatur. Redner beantragt, die Vorlage an eine Commission zu verweisen, denn trotzdem es scheinbar ein Provinzial-gesetz sei, enthalte es doch ein gefährliches Präjudiz für die ganze Monarchie. Geh. Regierungsrath Schulz bezeichnet die Vorlage als ein Bedürfnis; die dahin gehörigen Bestimmungen in Hannover seien ungeeignet und ungenügend.

Abg. Kropf hat an der Vorlage auszuführen, daß die Strafgelder zur Hälfte in die Staatskasse fließen sollen. Es sei doch besser, wenn dieselben in die Kassen derjenigen Gemeinden, Wegebauverbände u. dgl., denen die Unterhaltung der betreffenden Wege obliegt.

Abg. Miquel: Diese Vorlage soll der Provinz Hannover keinen Vorzug verschaffen, sondern sie nur auf den Standpunkt der alten Provinzen stellen. Ohne eine Wegeordnung ist ein Chausseepolizeigesetz für den ganzen Staat nicht möglich. Eine Wegeordnung hat Hannover, aber keine genügenden Bestimmungen über die Radfelgenbeschläge, wie sie für die alten Provinzen bestehen. Zu tadeln sei es, daß Wagen mit hölzernen Radfelgen gar nicht auf Chausseen fahren sollen; derartige Räder seien aber zum Befahren von Mooren und Wiesen unentbehrlich und man könne die Besitzer derselben nicht bestrafen, zumal sie die Chausseen nicht beschädigen. Zur Vorberatung genüge eine Commission von 14 Mitgliedern, die aber schnell arbeiten müsse, um den schweren Nothstand in Hannover baldigt zu beseitigen.

Der Gesetzentwurf wird einer Commission von vierzehn Mitgliedern überwiesen.

Es folgt die erste und zweite Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die richterlichen Mitglieder der Grundsteuer-Entschädigungs-Commission.

Nach demselben sollen die jetzt fungirenden richterlichen Mitglieder der Grundsteuer-Entschädigungs-Commission, soweit sie Mitglieder des Ober-tribunals sind, auch nach der Aufhebung desselben weiter fungiren, sofern sie in einem Richteramt anberufen ange stellt werden; in Zukunft sollen diese richterlichen Mitglieder aus den Mitgliedern der Oberlandesgerichte Berlin, Rastatt, Frankfurt a. M. und Kiel ernannt werden.

Abg. Windhorst (Meppen) hält es für bedenklich, das Oberlandes-gericht Berlin mit solchen außerordentlichen Befugnissen zu belasten und bittet, Berlin in dieser Vorlage zu streichen.

Geh. Rath Juchacz: Die jetzt in der genannten Commission fungiren den Mitglieder des Obertribunals sind so in die Materie eingearbeitet, daß es sich empfiehlt, dieselben beizubehalten. Zu Mitgliedern des Oberlandes-gerichts Berlin dürften übrigens auch Personen ernannt werden, die im gemeinen Rechte bewandert sind.

Abg. Windhorst (Meppen): Von den jetzt fungirenden Mitgliedern des Ober-Tribunals habe er gar nicht gesprochen; die müßten entschieden beibehalten werden. Nur für die Zukunft sei es nicht empfehlenswert, zu richterlichen Mitgliedern dieser Commission Personen zu berufen, die in landesrechtlichen Bezirken gebildet sind. Er glaubt auch nicht, daß man gemeinrechtlich gebildete Richter an das Oberlandesgericht Berlin berufen werde, in dessen Bezirk das Landrecht gälte; wenigstens sei das nicht sehr zweckmäßig. Redner beantragt deshalb das Wort „Berlin“ zu streichen.

In der Specialdiscussio n kommt dieser Antrag zur Abstimmung, die nach Probe und Gegenprobe zweifelhaft bleibt; bei der Zählung stimmen für die Streichung 102, für die Aufrechterhaltung 108 Mitglieder. Es sind also nur 210 Mitglieder anwesend, während zur Beschlußfähigkeit 217 (von 433) Mitglieder gehören.

Die Sitzung schließt deshalb wegen Beschlußunfähigkeit um 12 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 10 Uhr. (Zustimmungsgesetze, Anleihe für die Verbesserung der märkischen Wasserstraßen und Etat des Cultus-ministeriums.)

Breslau, 9. Januar. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem General-Major z. D. v. Fabert, bisher Commandeur der 3. Fuß-Artillerie-Brigade, den Rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub; dem Stadtgerichtsrath Mila zu Berlin, dem Justizrath, Rechtsanwalt und Notar Wagener zu Stettin, dem Pfarrer Adam zu Egershausen im Landkreis Gassel, dem Professor Dr. phil. Wolff an der Haupt-Cadet-ten-Anstalt zu Lichtenfelde und dem Kreisgericht-Secretair, Kanzlei-Rath Krug zu Kottbus, den Rothen Adlerorden vierter Klasse; dem Haus-Verwalter der Haupt-Cadetten-Anstalt zu Lichtenfelde, Feldwebel-Lieutenant a. D. Pieper, den Königlich-Kronen-Orden vierter Klasse; sowie dem pensionirten Steuerrath v. Beier zu Striegau, dem pensionirten Straf-Anstalts-Aufsichtsrath v. Graundenz und dem Aufwärter Müller an der Haupt-Cadetten-Anstalt zu Lichtenfelde das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Se. Majestät der König hat zu der von des Fürsten von Hohenzollern Königlichem Hoheit beschlossenen Verleihung von Insignien des Fürstlichen Haus-Ordens Albrechts-Ordens Genehmigung erteilt, und zwar: der Schwerter zum Ehrenkreuz erster Klasse: an Se. Königlich-Hoheit dem Fürsten Carl von Rumänien; des Ehrenkreuzes erster Klasse: an den Geheimen Cabinets-Rath, Wirklichen Geheimen Rath v. Wilnowski.

Se. Majestät der Kaiser hat dem Geheimen Kanzlei-Director im Reichs-Lanzleramt Meißner den Charakter als Kanzleirath verliehen. Se. Majestät der König hat dem Rechtsanwalt und Notar Deyd hier selbst den Charakter als Justizrath, sowie den Kataster-Controllenren, Steuer-Inspicteuren Lange zu Marienburg, Weigel zu Homburg, Heer zu Gassel, Kämmerer zu Blau, Model zu Zeitz und Bellingrath zu Drabenderhöhe den Charakter als Rechnungsrath verliehen.

Breslau, 9. Jan. [Se. Majestät der Kaiser und Königin] hörte heute Vormittag, neben den täglichen Vorträgen, den Vortrag des Chefs des Civil-Cabinetts, Wirklichen Geheimen Raths von Wilnowski, empfangen den Obersten von der Goltz, Commandeur der 6. Cavallerie-Brigade, zur Meldung und nahm aus den Händen des Hauptmanns von Schmeling vom 2. Hanseatischen Infanterie-Regiment Nr. 76 die Orden des verstorbenen General-Lieutenants z. D. von Schmeling entgegen.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] war heute in einer Vorstandssitzung des Frauen-Varethei-Vereins anwesend.

[Se. Kaiserliche und Königl. Hoheit der Kronprinz]

ertheilte gestern Vormittag um 11 1/2 Uhr dem General-Lieutenant z. D. von Neumann Audienz und empfing Nachmittags um 4 Uhr den Staatssecretär, Staatsminister von Bülow. (R.-Anz.)

Berlin, 9. Jan. [Einbringung der Durchführungs-gesetze für die Civilprozeß- und Concurs-Ordnung in Elsaß-Lothringen im Bundesrathe. — Stand der Rinderpest.] Dem Bundesrathe ist der Entwurf eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen, betreffend die Ausführung der Civilprozeß-Ordnung, der Concurs-Ordnung und der Strafprozeß-Ordnung zugegangen. Bei der Gestaltung der einzelnen Vorschriften ist ein Zusammengehen mit den bekannt gewordenen Entwürfen der Ausführungsgesetze für die übrigen Gebiete des französischen Rechts, soweit möglich, angestrebt worden; namentlich ist die Entscheidung über das nähere Verhältnis des Code civil wie des übrigen Landesrechts zu den Reichs-Justiz-gesetzen der Rechtsprechung überlassen worden und es ist keine Bestimmung darüber getroffen, welche Vorschriften des Landesrechts durch die Reichsjustizgesetze aufgehoben sind oder noch fortbestehen. Auf einigen besonderen Gebieten wird noch eine Ergänzung der Specialgesetze stattfinden müssen, so hinsichtlich des Strafverfahrens wegen Uebertretung der Vorlesetze, Zwangsvollstreckung in Liegenschaften u. s. w. — In Bezug auf den Stand der Rinderpest in den versuchten Orten ist zu berichten, daß dieselbe noch grassirt: im Regierungsbezirk Gumbinnen in der Stadt Stallupönen, im Regierungsbezirk Frankfurt in den Kreisen Lebus, Königsberg, Ost- und West-Sternberg, im Regierungsbezirk Potsdam in dem Kreise Ober-Barnim, im Regierungsbezirk Merseburg ein Ort im Kreise Schweidnitz. Mit Ausnahme von Stallupönen hat sich constatiren lassen, daß die Seuche durch auf dem Gärtnerei Markt gekauften Vieh nach allen Orten getragen ist. Nach allen Mittheilungen aus den Seuchorten läßt sich annehmen, daß eine Weitertragung nicht mehr zu befürchten ist. Es ist ein großer Theil der Drischasten in den genannten Kreisen bereits für seuchfrei erklärt, theils wird für andere Orte diese Erklärung in den nächsten Tagen erfolgen können.

Berlin, 9. Jan. [Bundesrathssitzung. — Die Vor-lage über die Strafgewalt des Reichstages. — In der Budgetcommission eingebrachte Anträge.] Der Bundes-rath hielt heute Nachmittag 2 Uhr eine Plenarsitzung unter dem Vorsitz des Staatsministers Hofmann. Nach Feststellung des Proto-kolls der letzten Sitzung und Mittheilung über die Ernennung eines stellvertretenden Bevollmächtigten zum Bundesrath, wurde Bericht der Tabak-Enquete-Commission den Ausschüssen für Zoll- und Steuer-wesen, Handel und Verkehr und für Rechnungsweisen überwiesen; Vorlagen, betreffend: Die zu Bern am 17. September 1878 unter-zeichnete internationale Convention über Maßregeln gegen die Rebhau; den Entwurf eines Gesetzes wegen der Strafgewalt des Reichstages über seine Mitglieder; den Entwurf eines Gesetzes wegen Feststellung des Landeshaushalts-Gesetzes in Elsaß-Lothringen für 1879/80; den Entwurf eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen wegen Ausführung der Civil-Process, Con-curs- und Strafproceß-Ordnung; die allgemeine Rechnung über den Landeshaushalt von Elsaß-Lothringen für 1874; ferner An-trag Preußens, betreffend den Entwurf eines Gesetzes wegen Erwerbung der preussischen Staatsdruckerei für das Reich, gingen an die Ausschüsse. Darauf wurde mündlicher Bericht des Zoll- und Handels-Ausschusses über Petitionen, betreffend die Zolltarification bzw. die Zollfreie Einfuhr von verschidener Waaren erstattet und eine Anzahl von Eingaben vorgelegt und geschäftsmäßig erledigt. — Der Entwurf über die Strafgewalt des Reichstages u. dgl. beschäftigt heute ausschließlich die Abgeordnetenkreise. Der Wortlaut des Textes wird durch die officiellen Blätter veröffentlicht. — Der Budget-Commission des Abge-ordnetenhauses liegen folgende Anträge vor:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen die Königl. Staats-Regierung aufzufordern

1) bei Vorlegung des nächstjährigen Etatsentwurfs auf Herbeiführung von Eriparsissen bei den ordentlichen Ausgaben des Staatshaushalts be-dacht, dabei aber besonders in Erwägung nehmen zu wollen, in wie weit solche Eriparsisse durch Vereinfachung der Verwaltung und Verminderung der Zahl der öffentlichen Beamten zu ermöglichen sind, und über die Er-gebnisse dieser Erwägung dem künftigen Landtage Mittheilung zu machen;

2) mit Rücksicht auf die gegenwärtige Finanzlage von lothbaren, nicht unumgänglich notwendigen Neubauten, sowie von finanziell gewagten oder nicht zureichend gesicherten Unternehmungen auf allen Gebieten unserer Ver-trieds-Verwaltungen, insbesondere der Eisenbahnverwaltung Abstand nehmen, dagegen die Ausführung productiver Anlagen zur Hebung des nationalen Wohlstandes nach wie vor kräftig fördern und die bezüglichen Vorschläge dem Landtage machen zu wollen;

3) bei den in Aussicht stehenden Verhandlungen über die Steuerreform im Reiche darauf hinzuwirken zu wollen, daß das Maß der von der deutschen Bevölkerung künftig zu erhebenden indirecten Steuern nicht über den Um-fang des wirklichen durch die Verprüfungen nachzuweisenden Bedürfnisses für das Reich und die Einzelstaaten hinaus und nur unter Berücksichtigung bestimmter, als notwendig erkannter Verwendungsmede festgesetzt werde;

4) dem künftigen Landtage eine Gesetzesvorlage über eine durchgreifende Reform der Einkommen- und Klassensteuer zu machen, welche unter Auf-hebung des Gesetzes vom 25. Mai 1873 die Erhebung der Einkommen- und Klassensteuer nach alljährlich durch den Staatshaushaltsetat festzustellenden Monatsraten anordnet, gleichzeitig aber die gleichmäßige und gerechte Ein-schätzung zu diesen Steuern durch ein sachgemäßes und wirksames Ein-schätzungs-Verfahren regelt.

Des Abgeordneten Ridert:

1. Mit Rücksicht darauf, daß die von den jährlichen Etatsfestsetzungen unabhängigen, aus den Betriebsverwaltungen des Staates fließenden Ein-nahmen erfahrungsgemäß erheblichen Schwankungen unterworfen sind und daß in günstigen, große Ueberschüsse aus den Betriebsverwaltungen liefern-den Jahren eine anderweitige Ermäßigung der Einnahmen notwendig ist, dagegen bei der gegenwärtigen Unbeweglichkeit sämmtlicher directen Steuern die Gefahr einer unvernünftigen, über das normale Maß hinaus-gehenden Steigerung der Abgaben vorliegt;

mit Rücksicht ferner darauf, daß die im Interesse des Deutschen Reichs und Preußens angestrebte Vermehrung der eigenen Einnahmen des Reichs nur unter der Voraussetzung im preussischen Staatsinteresse liegt, daß gegen-über der erhöhten Steuerlast des Reichs eine entsprechende Verminder-ung der preussischen Steuern gesichert werde, ist es notwendig,

II. In Erwägung, daß die gegenwärtige Finanzlage, zumal angesichts des stetigen Sinkens der von den Staatsbahnen in den letzten Jahren erzielten Ueberschüsse und der Unsicherheit in unseren wirtschaftlichen Ver-hältnissen zur Zeit eine weitere Anspannung des Staatscredits zum Bau oder Anlauf von Vollbahnen in größerem Umfang nicht gestattet; daß jedoch die weitere planmäßige Fortbildung unseres Verkehrsnetzes durch Anlegung von Localbahnen im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes dringend zu wünschen ist.

Die königl. Staatsregierung unter Bezugnahme auf den Beschluß des Abgeordnetenhauses vom 8. Februar v. J. zu eruchen:

Dem Landtage in der nächsten Session unter Angabe der bisher bei dem Bau und Betriebe von Localbahnen gemachten Erfahrungen in einer Denkschrift darzulegen: in welcher Weise und in welchem Umfang die königl. Staatsregierung den Bau von Localbahnen zu fördern gedenkt, und inwiefern dazu Staatsmittel in Anspruch genommen werden sollen.

III. Die königl. Staatsregierung zu eruchen: Bei den Staatsbah-nen für einen nicht über die Bedürfnisse des Verkehrs hinausgehenden, möglichst einfachen und sparsamen Betrieb Sorge zu tragen.

IV. Die königl. Staatsregierung zu eruchen: In Zukunft auf eine Vereinfachung des Verwaltungsgeschäftsganges, auf Verminderung des Schreibverkehrs und der Zahl der Beamten, insbesondere bei den Bezirks-regierungen Bedacht zu nehmen.

V. Die königl. Staatsregierung zu eruchen: Den Bau von öffent-lichen Gebäuden möglichst einzuschränken und bei den beschlossenen Bau-ausführungen, insbesondere bei der Herstellung von Bahnhofsgebäuden, Dienstwohnungen u. dgl. kostspieligen Kurus und jede über das Bedürfnis hinausgehende Anlage zu vermeiden.

[Interpretation des Fischerei-Gesetzes.] Der königl. Reichs-Regierung erwidern wir auf den Bericht vom 18. Juli v. J., daß die §§ 6 und 8 des Fischereigesetzes vom 30. Mai 1874, wie auch von dem königl. Ober-Tribunal in einem Erkenntnis vom 6. November 1877 (Entscheidungen Band 81, Seite 95 ff.) angenommen worden ist, nicht auf solche Fälle für anwendbar gehalten werden können, in denen es sich um die Berechtigung zum Fischen zu des Fisches Oberflucht handelt. Es werden daher die Ein-wohner des Dorfes N. auch fernerhin zur freien Fischei im See N. mit Rücksicht auf die Fischerei-Verordnung vom 15. sächsischen Reichstags-Berlin 18. December 1878.

Der Minister für die landwirth-schaftlichen Angelegenheiten. Der Finanz-Minister.

Friedenthal. Hohrecht.

An die königl. Regierungen der Provinzen Ost- und Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien und Sachsen.

[Verbote auf Grund des Reichsgesetzes gegen die gemein-gefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie vom 21. De-cember 1878.] Die im Druck und Verlage der „Arbeiter-Wochen-Chronik“ zu Budapest erscheinende nicht periodische Druckschrift: „Allgemeiner Arbeiter-Kalender 1879.“ Die in der socialistischen Buchhandlung von Henri Kiste-mäders zu Brüssel 1878 erscheinende nicht periodische Druckschrift: „Le sufrage universel par Paul Strauss ancien rédacteur des Droits de l'Homme et du Radical de Paris, avec une préface d'Alfred Naquet.“ Den in der Genossenschaftsbuchdruckerei zu Chemnitz G. Rübner u. Comp. erschienenen Wahlkatalog „des Arbeiter-Central-Wahlcomites für den 15. Wahlkreis“ an die „Arbeiter, Kleinbürger und Landleute des 15. sächsischen Reichstags-Wahlkreises.“

Köln, 9. Januar. [Die englische Post] vom 8. d. früh (planmäßig in Berlin um 8 Uhr 21 Min. Abends) ist ausgeblieben. Grund: Das Postschiff hat in Ostende wegen Sturmes den Anschlag nicht erreicht.

Oesterreich.

—ch. Von der böhmischen Grenze, 9. Januar. [Die Be-schlagnahme österreichischer Waggon. — Calamität der Gabelnzer Glasquincailerie-Industrie.] Die Mittheilung, daß trotz des Art. 17 des neuen Handelsvertrages österreichische Eisen-bahnwaggon gerichtlich auf Grund eines rechtskräftigen Erkenntnisses mit Beschlagnahme belegt seien, hat in Nordböhmen, wo man sich trium-phirend die Hände gerieben hatte, daß bei dem neuen Vertrage die deutschen Unterhändler den Kürzeren gezogen hätten, große Aufregung hervorgerufen, die in einem fulminanten Artikel der „Reichsberger Zeitung“ Ausdruck gefunden hat. Das Blatt fühlt sich seit einiger Zeit, seitdem der Abgeordnete von Schönerer seine bekannte Aeußerung gethan hat, verpflichtet, auf Preußen und Deutschland loszugehen und das Glück des Oesterreicherthums zu preisen; und das geschieht neuer-dings in einem Tone, daß man glauben sollte, morgen werde der Krieg zwischen Oesterreich und Deutschland erklärt. Der Artikel über die Beschlagnahme trägt die Ueberschrift: „Der neueste deutsche Vertragsbruch“ und behauptet, daß Preußen (Preußen und Deutschland sind ihm identisch) nicht die Verpflichtung über-nommen habe, durch ein Gesetz die Bestimmungen des Civil-rechts mit dem Art. 17 des Handelsvertrages in Uebereinstimmung zu bringen, sei eine beabsichtigte Perfidie, es liege eben preußen daran, sich den Vortheil der ungehörten Kohlenzufuhr, die ja namentlich be-züglich der Braunkohle zum großen Theil durch österreichisches Koll-material vermittelt wird, im Interesse seiner Industrie zu sichern, und zugleich durch eine schlan offen gelassene Lücke den österreichischen Eisen-bahnverkehr auf deutschem Terrain in seiner Gewalt zu behalten, um ihn nach Belieben zu hantiren, zu hemmen und zu schädigen. Das Blatt giebt zu, daß nach dem gegenwärtigen Rechtszustande in Deutsch-land die Beschlagnahme und Pfändung österreichischer Eisenbahnwagen eintreten kann, sobald ein Urtheil eines preussischen Gerichts erlassen ist, meint aber, die diesseitige Regierung hätte die moralische Ver-pflichtung gehabt, einen auf Abänderung dieses Rechtsverhältnisses be-züglichen Gesetzentwurf einzubringen und seine Annahme auch durch-zuführen! Nach seiner Ansicht ist Oesterreich, wenn ein solches Gesetz nicht zu Stande kommt, auf zwölf Monate (dem Belieben Preußens in einer der wichtigsten wirtschaftlichen Angelegen-heiten überliefert. — Das Regiment des autonomen Zoll-Tarifs beginnt unter wenig günstigen Auspicien. Der Umfang, daß Frankreich nach dem Vorgange Oesterreichs sich auch vollständig freie Hand für die Regelung seiner Zollsätze schaffen will und deshalb den Abschluß eines Meistbegünstigungsvertrages mit Oesterreich abgelehnt hat, ist für einen der nordböhmischen Industriebezirke verhängnisvoll geworden. Die Glasquincailerie-Industrie des Gabelnzer Bezirks arbeitet überwiegend für den Export nach Frankreich und der außerordentlich lebhafteste Geschäftsverkehr mit Frankreich ist dadurch völlig gehemmt, daß in Frankreich der Tarif générale in Betreff der österreichischen Erzeugnisse in Kraft getreten ist, der gerade für Massenartikel der Glasquincailerie den Werth übersteigende Zollsätze enthält. Selbst-verständlich sind alle Bestellungen zurückgezogen, selbst die Ausführung der im Grunde befindlichen Geschäfte ist unmöglich geworden und die ganze Industrie lahmgelegt. Für sie ist es ein schlechter Trost, daß alle französischen Waaren mit einem Zuschlagszoll von 10 Procent be-legt werden, wenn sie die österreichische Grenze überschreiten. Die Handelskammer für Nordböhmen hat deshalb bereits an den Handels-

minister das dringliche Ersuchen gerichtet, mit Frankreich schleunigst wenigstens einen Uebergangszustand zu vereinbaren.

Schweiz.

Zürich, 7. Januar. [Kündigung der Handelsverträge mit der Schweiz. — Diplomatische Begrüßung am Neujahrstage. — Neue Beitrittserklärungen zum allgemeinen Postverein. — Vom Gotthardtunnel. — Zur Gotthardsubvention. — Die periodischen Blätter der Schweiz. — Eidgenössisches Schützenfest. — Wohlthätigkeitsbeweise. — Staat und Kirche in Genf.] Das Traumbild der Friedenscongreß von den vereinigten Staaten Europas u. s. w. wird immer blässer und bleicher. Ist Krieg, so gedeiht Blut und Eisen; ist der hohe Friede wieder ausgebrochen, so begnügen sich die Staaten und Völker nicht mit ihren Waffenthaten, sondern organisiren gegen einander die schönsten Zoll- und Handelskriege. Sie wähen damit der materiellen und finanziellen Noth zu steuern, bringen es aber in Wirklichkeit nur zu einer Steigerung und Schärfung derselben. Vor den wirklichen Quellen der Wohlthat und des Reichthums, welche im freien internationalen Handel und Wandel liegen, verschließt man sorgfältig die Augen. Statt erträglicher Handelsverträge sollen höhere und dickere Grenzschranken aufgerichtet werden; daher werden jene allenthalten gekündigt. Die Schweiz als Handelsland geräth dadurch in besonders große Verlegenheiten. Für seinen längst gekündigten Handelsvertrag hat Italien noch eine letzte Verlängerung zugesprochen, aber nur auf einen Monat, in welchem man wohl kaum sich über etwas Anderes vereinbaren wird. Auch Deutschland hat seinen Handelsvertrag auf Ende d. J. gekündigt und sich zu neuen Unterhandlungen bereit erklärt. — Am Neujahrstag fand zwischen dem Bundespräsidenten Hammer und den fremden Gesandten große gegenseitige Beglückwünschung statt. — Mit dem 1. sind Mitglieder des allgemeinen Postvereins geworden: Neufundland, die englischen Colonien an der afrikanischen Westküste, die Falklandsinseln und britisch Honduras. Auch die Republik Chili und Honduras haben ihren Beitritt erklärt. — Der große Gotthardtunnel brachte es Ende November bis auf 11,949,2 Meter Fünftollen. Bei kürzlicher Prüfung der Tunnelare erhielt man das höchst befriedigende Ergebnis, daß der nördliche und südliche Theil beim Zusammentreffen kaum um einige Millimeter auseinander sein werden. Für die Abkündigung am 19. über die Gotthardsubvention ist die Bewegung immer lebhafter geworden. Das Centralcomité der Züricher Delegirten hat einen schneidigen Aufruf erlassen und verbreitet überall die tüchtige Flugchrift: „Ja oder Nein“. Der Große Rath von Bern empfiehlt in einer Votivschrift mit warmen Worten dem Volke die Annahme des Gotthardbeschlusses. Die Urschweiz wird, nachdem ihre elf Bundesvertreter sich für das große Werk erklärt, wie ein Mann mit Ja stimmen. Das „Vaterland“ und einige andere ultramontane Blätter gaben Anfangs aus Verdruss über Beck's Stimmwahl in den Bundesrath und aus katholischer Unzufriedenheit im Allgemeinen die Lösung des Nein aus, haben sich nun aber auch eines Besseren besonnen. Das gutkatholische Freiburg wird ungetheilt zur Sache stehen. Das Regierungsblatt „Groniqueur“ fertigt vereinzelte Stimmen, welche wegen Beck's Durchfall sich feindselig verhalten, mit den Worten ab: „Solchen Hintergedanken weisen wir ab. Die vollständige Uneigennützigkeit hat uns in unseren Anschauungen geleitet und leitet uns noch; wir haben nur Eins im Auge! die Wohlthat und Ehre der Schweiz. Das Freiburgische Volk, welches man in gemeiner Weise der Käuflichkeit beschuldigt hat, wird, so hoffen wir, stolz genug sein, um diese Anklagen durch seine Abstimmung zu widerlegen.“ — Die Schweiz ist gegenwärtig mit 518 periodischen Blättern gesegnet. Ein guter alter Bekannter, der Aarauer „Schweizerbote“, hat nach 75jähriger Wanderschaft von seinen Lesern für immer Abschied genommen: „Er habe das Schlechte nie gewollt und das Gute stets angestrebt.“ Der gute schweizerische Patriot Heinrich Zischke (aus Magdeburg) war der Gründer und langjährige Redacteur des „aufrichtigen Schweizerboten“. — Trotz der schlechten Zeiten laßt das Basler Organisationscomité in herzlichen Worten die „liebertheilen Freunde und Eidgenossen“ zum diesjährigen eidgen. Schützenfeste ein. — Dieselben schlechten Zeiten haben wenigstens der Menschenliebe nichts angethan; im vorigen Jahre haben die Schweizer für öffentliche wohlthätige Zwecke über 3 1/2 Mill. Fr. geschenkt und vermacht. Die Zusammenrechnung bleibt aber wohl noch hinter der Wirklichkeit zurück. — Der Große Rath von Genf ist eifrig damit beschäftigt, das Verhältnis zwischen Staat und Kirche richtig einzurichten. Die kirchlichen Ansprüche werden allerdings oft unbequem genug und vergällen dem Staate mehr als nöthig das Leben. Möge man aber nie die Wahrheit vergessen, welche schon Voltaire in knapper Form ausdrückte: „Die Kirche ist im Staat und nicht der Staat in der Kirche.“

Frankreich.

Paris, 7. Jan. [Der „Moniteur“ und die Senatswahlen. — Canrobert. — Die Wahl in Martinique. — Die Candidaturen für das Bureau des Senats. — Admiral Touchard.] Zu den antirepublikanischen Blättern, welche die wahre oder geheuchelte Furcht ihrer Parteigenossen vor dem künftigen Radikalismus der Kammern nicht theilen, gehört der „Moniteur“. „Wenn, sagt er, das Resultat der Wahlen uns nicht übertrifft, so hat es es ebensoviele erreicht. Man braucht nur die Augen auf die Liste der Candidaten zu werfen, welche als Republikaner gewählt worden sind, um sich zu überzeugen, daß die neue Senatsmehrheit nicht das Ebenbild der Mehrheit ist, welche in der Kammer herrscht. Die neue Mehrheit wird eine Mehrheit der Linken sein, so lange die Regierung der Republik auf den konservativen Wegen bleibt. Sobald das sich ändern würde, würde sich von dieser neuen Mehrheit eine hinreichende Zahl von Senatoren ablösen, um den Schwerpunkt der oberen Kammer wieder nach rechts zu verlegen. Wir könnten, wenn man uns drängte, diese Senatoren namentlich bezeichnen. Die neue Senatsmehrheit ist also keine Parteimehrheit. Viele ihrer Mitglieder haben früheren Regierungen gedient, sie sind Vernunftrepublikaner; vielmehr als voreingenommen für die Republik. Wir glauben also nicht, daß die konservativen Interessen sich zu beunruhigen haben, wir halten im Gegentheil dafür, daß die Konservativen eine große und heilsame Lehre aus den letzten Wahlen ziehen können.“ Sehr aufgebracht ist der „Moniteur“ darüber, daß die Wähler des Lot-Departements den Marschall Canrobert, den Helden der Krim und den ruhmreichen Besiegten von St. Privat nicht wieder in den Senat geschickt haben. Es sei das, meint er, eine der militärischen Ehre von ganz Frankreich angehende Schmach und der Senat selber werde die erste Gelegenheit benützen, diese Ungerechtigkeit wieder gut zu machen. Darin dürfte der „Moniteur“ sich sehr irren. Denn wenn Canrobert der Held von der Krim und von St. Privat ist, so war er auch der Mitschuldige Napoleons III. beim Staatsstreich und berechnete das Gemisch auf dem Boulevard am 2. December und das haben die Republikaner ihm nicht vergessen. Auch die „Debats“ haben in ihrem heutigen Leitartikel den durchaus konservativen Charakter der künftigen Senatsmehrheit hervor. „Wir fordern, sagen sie, die reactionären Blätter heraus, unter den Namen, welche aus

der Abstimmung hervorgegangen sind, einen einzigen Radikalen, einen einzigen Intransigenten zu nennen. Alle diese Namen sind diejenigen, welche sie selbst gewählt haben würden, wenn sie wirklich von konservativer Gesinnung statt von antirepublikanischer Leidenschaft besetzt wären. Man muß also aufhören, alle Tage über die sociale Gefahr zu jammern, oder wenigstens darf man nicht den Senat als die erste Ursache dieser Gefahr anklagen.“ — Es war irrtümlich gestern behauptet worden, daß die Wahl in Martinique erst im nächsten Monat stattfinden werde. Die Wähler dieser entlegenen Colonie sind rechtzeitig berufen worden und sie haben ebenfalls am Sonntag abgestimmt. Der bisherige Senator von Martinique, Desmazes, ein Republikaner, ist wiedergewählt worden, womit sich die republikanische Mehrheit also definitiv auf 58 Stimmen stellt. Der Nebenbuhler Desmazes war der Deputirte Godissart, ein Republikaner, der einer etwas radicaleren Richtung angehört. Die neuen republikanischen Senatoren sind schon für nächsten Montag, dem Vorabend der Parlamentsöffnung zu einer Versammlung der ganzen Linken des Senats berufen. In dieser Versammlung wird man über die Veränderung des Senatsvorstandes beschließen. d'Audiffret-Pasquier wird nicht Präsident bleiben. Er wird durch ein Mitglied der Linken ersetzt werden. Statt wie bisher zwei Vicepräsidenten der Rechten und zwei der Linken, wird man drei Vicepräsidenten aus der Linken und einen aus der Rechten wählen und statt wie bisher vier Secretäre der Rechten und zwei der Linken wird künftig der Senat vier Secretäre der Linken und zwei der Rechten haben. Die Candidaten für alle diese Ämter sind aber noch nicht bezeichnet und was die Zeitungen darüber sagen, ist verfrüht. Man ist überhaupt noch in einem Uebergangsstadium, wo die verschiedensten Vermuthungen über die Pläne der Mehrheit laut werden. Es sind das Alles aber eben nur Vermuthungen. So z. B. hört man vieles Widersprechende von der Amnestie und von dem Proceß gegen die Minister aber mit Gewißheit ist darüber nur zu sagen, daß in der republikanischen Partei zwei entgegengesetzte Strömungen eifliren und daß es dem neuen Senat vorbehalten sein wird, in beiden Angelegenheiten das entscheidende Wort zu sprechen. — Die Nachricht vom Tode des Admirals Touchard ist widerrufen. Man hatte also etwas voreilig angezeigt, daß Anatole de la Forge seine Candidatur im 8. Pariser Bezirk aufstellen werde. Admiral Touchard ist aber sehr gefährlich krank.

Paris, 7. Januar. [Gedächtnisfeier am Todestage Raspail's. — Zum Conflict mit Tunis.] Ein großer Theil der Pariser Arbeiter hat heute den Jahrestag von Raspail's Tode gefeiert. Obgleich die politische Thätigkeit des alten Demokraten Alles in Allem eine wenig fruchtbare gewesen, so ist doch sein Name populär geblieben und seine Gesinnungsgenossen verehren ihn als einen großen Bürger. An grand citoyen Raspail les ouvriers reconnaissent: Diese Inschrift schmückte eine gewaltige 80pfündige Blumentrone, welche die Arbeiter zu der heutigen Ceremonie beigeuert hatten. Gegen Mittag bildete sich unter der Aufsicht zahlreicher Commisars ein großer Zug von Delegationen der verschiedenen Gewerbe auf dem Place, wo der Boulevard Richard Lenoir und die Avenue des Amandiers zusammenstoßen. Den Arbeitern schlossen sich Deputationen der studirenden Jugend, der Stadt Orleans und der Stadt Vernon, sowie mehrere Mitglieder des Pariser Gemeinderaths an. Um 2 Uhr setzte die Procession sich in Bewegung und zog den Boulevard Voltaire entlang nach dem Pere Lachaise. Auf dem ganzen Wege waren die Trottoirs dicht mit Menschen besetzt, an einigen Fenstern sah man Fahnen mit den Initialen Raspail's. Der Kirchhof war schon gefüllt, als die Spitze des Zuges dort eintraf, auch einige Senatoren und Deputirte, die nicht an der Procession theilnahmen. Hatten sich auf dem Kirchhofe eingefunden und an dem Grabe des Gefeierten war die Familie Raspail versammelt. Die verschiedenen Deputationen zogen an dem Denkmal vorüber und legten ihre Kränze vor demselben nieder. Die ganze Ceremonie ist in vollkommener Ruhe und Ordnung verlaufen und die Polizei hatte sehr zweckmäßige Maßregeln getroffen, um jede Störung und zu starkes Gedränge zu vermeiden, indem sie übrigens den Theilnehmern des Kundgebungs volle Freiheit ließ. Damit widerlegt sich das Gerücht, welches hie und da ausgebreitet worden, daß die Regierung die Manifestation verhindern werde. — Die „Agence Havas“ bringt heute zwei Depeschen aus Tunis. Nach der ersten hätte der Bey, um der französischen Regierung einen Beweis seiner Verschönllichkeit und Freundschaft zu geben, den Director der auswärtigen Angelegenheiten, Mohamed Bacouch, beauftragt, nach Paris zu gehen und mit der hiesigen Regierung die bekannte Sancy'sche Angelegenheit zu ordnen. Nach der zweiten Depesche hat die französische Regierung erklärt, sie könne sich mit einer derartigen Genugthuung nicht begnügen, vielmehr halte sie ihre ursprünglichen Forderungen aufrecht. Sie hat demgemäß der tunesischen Regierung eine Note zustellen lassen, worin sie kategorisch dreierlei verlangt: erstens eine Entschuldigung dem französischen Generalconul gegenüber; zweitens die Abweisung dreier namentlich bezeichneten Beamten; drittens eine Enquete bezüglich des zwischen der tunesischen Regierung und Herrn de Sancy ausgebrochenen Conflicts. Aus London wird gemeldet, daß man im dortigen Hafen mit der schleunigsten Ausrüstung und Verproviantirung des Panzergeschwaders beschäftigt sei.

Großbritannien.

London, 6. Januar. [Der Feldzug in Afghanistan.] Der Vizekönig, Lord Lytton, hat unterm 3. d. folgende Meldungen an das indische Amt in London gelangen lassen: Resalbar-Major Ghodam Natschaband erstattete folgenden Bericht über die Klucht des Emirs aus Kabul: Am 10. hielt der Emir einen längeren Durbar mit den angesehensten Sirdars und berief den Resalbar, dem von Schir Ali Khan Candahari erklärt wurde, der Durbar sei der Ansicht, daß nach Ali Musjid und Peiwar ferneres Vertrauen in die Truppen nicht gesetzt und ein weiterer Widerstand nicht geleistet werden könnte. Der Emir beschloß demnach, den Schutz Russlands nachzusuchen, seine Angelegenheit einem europäischen Congreß zu unterbreiten und Jacob Khan mit dem Schage und den verbleibenden Truppen in Kabul zurückzulassen. Jacob wurde am selbigen Tage in Freiheit gesetzt und ihm der Eid abgenommen, daß er nach den Weisungen des Emirs handeln würde. Am 13. verließ der Emir Kabul in Begleitung von Mustafa und Anderer, die er gezwungen, mit ihm zu gehen, nachdem er deren Familie bereits nach Turkestan gesandt hatte. Seine eigene Familie, sowie seine Privatfamilie, bestehend aus 70 Leuten (7 Millionen Rupien), hatte er schon vorher weggesandt. Seine Autorität war fast gänzlich verschwunden. Die Truppen verweigerten ihren Offizieren den Gehorsam und Azmatullah Khan, ein Ghiljai, dem er große Summen Geldes gegeben, um eine Erhebung der Stämme gegen die Briten vorzubereiten, unterschlug nicht allein das Geld, sondern plünderte auch die Truppen des Emirs. Von den Vasallenfürsten, die der indo-britischen Regierung Hilfe angeboten haben, hat diese zunächst Maharadsch von Kashmir sich nutzbar gemacht. An das Gebiet desselben grenzt nämlich das halb unabhängige, unter nomineller Oberhoheit Afghanistans stehende Tschitral, im Norden von Kaschistan, das die große Straße durch den Burroghilpaß, von

Pamir nach dem Indus führend, beherrscht. Um jedweder Gefahr einer russischen Besetzung dieser Straße vorzubeugen, hat die britische Regierung nun den Maharadsch von Kashmir beauftragt, Tschitral zu annektiren. Der Häuptling von Kosnur hat auch Furcht vor gleichem Schicksale dem General Browne in Zellalabad sofort seine Unterwerfung angekündigt. — Wahrscheinlich dürfte nun auch bald der nichtmohamedanische Stamm der Kasiro ein Lebenszeichen von sich geben. A. C. London, 7. Jan. [Von afghanischen Kriegsschauplätzen.] Der „Newport Herald“ erhält von seinem nach Afghanistan gereisten Special-Correspondenten folgende aus Taschkend vom 5. d. datirte Depesche:

„General Kaufmann hat aus Cabul von General Naszonoff einen Brief erhalten, der folgende Thatfachen meldet: General Naszonoff verließ mit dem Emir und dessen sämtlichen Bataillonen Cabul, um sich nach der russischen Grenze zu begeben. Bei seinem Abschiede sandte der Emir an alle engl. Generale die briefliche Mittheilung, daß er seinen Sohn, Jacob Khan, der sich jedoch weigere zu unterhandeln, mit Vollmachten versehen habe; und daß er sich auf dem Wege nach St. Petersburg befinde, um seine Differenzen mit England dem Kaiser zu unterbreiten. General Kaufmann erbat sich telegraphisch den Fürst Gortschakoff Instruktionen für den Fall, daß der Emir die Grenze überschreiten sollte. Bis heute (5.) ist keine Antwort darauf eingegangen. Der General empfahl, den Emir zu empfangen. — General Naszonoff meldet ferner, die Engländer hätten in Afghanistan überall, wo sie durchgezogen, unter die eingeborene Bevölkerung Geld vertheilt, und zwar 6 Dollars per Kopf an Männer und Frauen.“

Provinzial-Beitrag.

d. Breslau, 9. Januar. [Bezirksverein für die Stadttheile südlich der Verbindungsbahn.] In der am 8. d. Mts. unter dem Vorsitz des Stadtverordneten Wienanz abgehaltenen Versammlung stand, nachdem der Schriftführer, Eisenbahn-Secretär Werner, einen Rückblick über die Thätigkeit des Vereins im vergangenen Jahre gegeben und Kaufmann Ziebold den Rechenschaftsbericht über die Weihnachtseinsparung gegeben hatte, das Project der Errichtung eines neuen königlichen Gymnasiums in der Schweidnitzer Vorstadt zur Debatte. Bekanntlich hat die Regierung resp. das Provinzial-Schulcollegium vom Magistrat zu diesem Zweck einen Bauplan im südwestlichen Theil der Schweidnitzer Vorstadt beantragt. Dieser Bauplan (Kallmeier'sches Grundstück auf der Sonnenstraße) wurde von verschiedenen Seiten für unzuverlässig dargestellt, einmal weil auf demselben das Gymnasium in einen von hohen Gebäuden ringsum eingeschlossenen Raum zu stellen käme, welcher den Schülern nicht genügend Licht und Luft gewähren könne, dann aber auch weil die Umgebung für die Frequenz des Gymnasiums nicht günstig sei. Die Kinder aus der Nicolai-Vorstadt hätten es nicht weiter nach dem Elisabeth- oder Friedrichs-Gymnasium, als nach dem Sonnenstrasse. Ein großer Theil der Schweidnitzer Vorstadt würde lieber seine Kinder nach dem Johanneum, als nach dem neuen Gymnasium auf der Sonnenstraße schicken. Das neue Gymnasium müsse vielmehr, wenn man den Interessen der Schweidnitzer Vorstadt und der incommunalisirten Ortschaften gerecht werden wolle, in die Mitte dieser Vorstadt, etwa auf den neu eröffneten Theil der Sadomastraße zwischen Reudorf- und Kaiser-Wilhelmsstraße zu stellen kommen. Eine diesbezügliche Petition an die zuständigen Behörden soll insofern so lange verlagert werden, bis man wird in der Lage sein, einen geeigneten Bauplan vorzulegen zu können. — Eine Frage lautete: „Warum wird die Drainage vom großen Magdalenen-Kirchhofe nach der Subentstraße nicht fortgeführt? Nach den Mittheilungen eines Mitgliedes ist die Fortführung der Drainage aufgegeben, weil der Anfang derselben bereits verhandelt sei.“

A. F. Breslau, 9. Januar. [Im Handwerkerverein.] begann Herr Dr. Margraf, nachdem der gemischte Chor des Vereins den ersten Versammlungsabend im neuen Jahre mit einem Liede eröffnet, den angekündigten Cyclus von vier Vorträgen aus der neuesten Geschichte Deutschlands von 1815–70. Die Ereignisse nach den Freiheitskriegen, namentlich der Umfassung, welcher sich unter der Regierung Friedrich Wilhelms III. auf allen Verwaltungsgebieten vollzog, die Verbesserungen im Finanz-, Zoll- und Postwesen, die Einführung der allgemeinen Schul- und Wehrpflicht u. s. w., und endlich die revolutionären Bestrebungen und Erhebungen in einzelnen Provinzen zur Errichtung einer freireichlichen Verfassung bildeten das Material für den ersten, mit dem Tode Friedrich Wilhelms III. abschließenden Vortrag, an welchen der Vorsitzende, Ingenieur Rippert, einige Worte des Dankes knüpfte. — Ein durch den Fragekasten vermittelter Wunsch, betreffend einen gemeinschaftlichen Besuch der hiesigen Universitäts-Sternwarte, soll zunächst dem Vorstand des Vereins zur Berücksichtigung unterbreitet werden.

J. P. Glas, 9. Januar. [Unglücksfälle. — Anordnung.] Vorgestern Nachmittag verunglückte hier beim Schlittschuhlaufen auf dem noch sehr schwachen Eise der sog. alte Reisse der 12 Jahre alte Gymnasiast Odrich, einziger Sohn des Maschinen-Inspector Herrn Odrich in Camenz, indem das Eis brach und der Gymnasiast ertrank. Ein in der Nähe weilender Soldat vom 18. Infanterie-Regiment, der den Odrich kannte und auch der einzige Sohn seiner in Frankenberg, Kreis Frankenstein, wohnenden Eltern sein soll, hat den Odrich retten wollen, ist aber leider dabei ebenfalls ertrunken, während ein zweiter Soldat zwar auch verunglückt hatte, die beiden Unglücklichen zu retten, dies aber nicht mehr im Stande gewesen ist, sich dabei noch dergestalt erlötet hat, daß er ins Lazareth hat getragen werden müssen. Die Leiche des Gymnasiast Odrich wurde gestern Nachmittag nach Camenz in die Familiengruft gebracht. Bis zum hiesigen Bahnhof begleiteten sie die Lehrer und Schüler des Gymnasiums unter Trauermärschen der Musikkapelle des 18. Infanterie-Regiments. — In Folge des Ministerial-Erlasses vom 18. November v. J. sind die Polizeibehörden aufgefordert worden, mit voller Aufmerksamkeit auf die Verbreitung und Ausstellung unzüchtiger Schriften und Bilder zu achten und in allen geeigneten Fällen mit Beschlagnahme dieser Gegenstände vorzugehen. Eine besondere Aufmerksamkeit wird auch denjenigen öffentlichen Blättern gewidmet, in denen seitdem öfters Anführungen von Gegenständen enthalten waren, welche der Unzucht dienen, indem diese Anführungen vorzugsweise geeignet seien, Anstoß zu geben und sittenverderblich zu wirken.

× Dels, 9. Jan. [Stadtoberordneten-Sitzung. — Wanderlager.] Gestern wurde die erste diesjährige Stadtoberordneten-Sitzung abgehalten. Zunächst erfolgte die Einführung und Verpflanzung der wiedergewählten und von der Regierung bestätigten Rathsherrn Kegel und Freiberger v. Seiberth. Der Alterspräsident, Herr Kammerrat Kleinwächter, welcher hierauf den Vorsitz übernahm, erinnerte an die traurigen Ereignisse des vergangenen Jahres und brachte ein dreifaches Hoch auf Se. Majestät den Kaiser aus, in welches die Versammlung mit Enthusiasmus einstimmte. Sodann folgte die Wahl des Bureau's. Herr Vorsteher Delsner bat von seiner Wiederwahl abzusehen, mit Rücksicht auf vielfache auswärtige Geschäfte. Es wurden gewählt: zum Vorsteher Herr Gymnasial-Oberlehrer Ernst, zum Stellvertreter Herr Zimmermeister Richter, zum Protokollführer Herr Kanzleirath Körner, zum Stellvertreter Herr Kaufmann Rührig Scholz. In vorigen Jahre wurden zwölf Sitzungen abgehalten und in denselben 73 dem Magistrat zugegangene Vorlagen erledigt, 12 Kasseneinrichtungs-Verträge ertitelt, 11 Rechnungen beschlagnahmt, drei Stats festgestellt, 2 Rathsherrn- und 23 andere Wahlen vollzogen. — Der Kaufmännische Verein hat in seiner gestrigen Versammlung beschlossen, eine Petition an den Magistrat zu richten, in welcher um die Heranziehung der Inhaber von Wanderlagern und Veranlasser von Wander-Auctionen zur Communalsteuer gebeten wird, sowie auch darum, dem unberechtigten Hausfuren erhöhte Beachtung zu schenken.

— r. Damslay, 9. Jan. [Gegen Vettel und Landstreichen. — Nochmals Postales.] Um dem in gegenwärtiger Zeit auch im hiesigen Kreise überhandnehmenden Vettel und Landstreichen in energischer Weise entgegenzutreten, werden die Amtsdorfscheur und die beiden Polizeibehörden des hiesigen Kreises durch den Herrn Landrath Salice Conze veranlaßt 1) daß wirklich nothwendige und hilfsbedürftige Persönlichkeiten von den Priz-Armen-Verbänden in angemessener Weise unterstützt, beziehungsweise denselben ihren Kräften angemessene Beschäftigung und Verdienst zugesichert wird; 2) daß dagegen träge, arbeitsfähige Personen, die sich betteln herumtreiben, ohne Rücksicht aufgreifen und zur Verhaftung abzuweisen werden. Die Gemeinden haben, wie der Herr Landrath hinzufügt, die Transporte nicht mehr unentgeltlich zu bewirken, sondern zu liquidiren, und er würde, wenn diese Maßregeln gegen Erwartung den gewünschten Erfolg bräuen, genöthigt sein, unter Zustimmung des Kreis-Ausschusses die Anstellung von Tagelöhnern, wie dies in den 1860er Jahren schon einmal der Fall war, anzuordnen. — Während das Publikum es überall ge-

Wohnt ist, daß billigen Wünschen und gerechten Anforderungen desselben seitens des Herrn General-Postmeisters oder der Herren Ober-Postdirectoren jederzeit in der bereitwilligsten Weise Rechnung getragen wird, läßt sich dies in Bezug auf die Nr. 590 und 598 dieser Zeitung vom vorigen Jahre im Interesse des hiesigen Publicums und auf dessen specielles Verlangen durch den Referenten zur Sprache gebrachten Wünschen nicht sagen. Außer daß der Raum vor dem Schalter, der früher durch eine „winzige“ und nicht, wie es im Referate in Folge eines Druckfehlers hieß, durch eine „einzig“ Flamme beleuchtet wurde, nunmehr zweifelsprechend erhellt ist, und auch der Eingang zu dem Postamt, wenn nicht etwa durch den Kalender das Scheitern des Monats angeordnet ist und letzterem die Beleuchtung des Posteinganges anheimgestellt wird, — sich einer Beleuchtung erfreut, bestehen die übrigen erwähnten Mängel noch fort, und es verlaßt in keiner Weise, daß den nur allen berechtigten Wünschen des Publicums entsprochen werden solle. Daß diese Wünsche nur auf Verlangen des letzteren durch den Referenten zur Sprache gebracht worden sind, wird hier wiederholt hervorgehoben.

D-1. Briesg, 8. Januar. [Communales.] Dem soeben erschienenen Bericht über die finanziellen Ergebnisse der städtischen Verwaltung zu Briesg für das Rechnungsjahr 1877/78 entnehmen wir folgende Daten. Das unbewegliche Vermögen brachte eine Einnahme von 158,519 M. und erforderte eine Ausgabe von 30,961 M. Die Kammereigigen haben einen Ueberschuß von 69,577 M., die Forsten einen solchen von 48,022 M. Der Capitalfonds schließt am Schlusse des Rechnungsjahres mit einem Bestande von 98,636 M. ab. Ueberschüsse haben von den städtischen Anstalten ergeben: das Städt. 3615 M., die Gas-Anstalt 59,362 M., die Martialisbaderanstalt 2515 M., das Leihamt 212 M., die Ziegelei 3631 M., das Martialisbader 2321 M., wegen eines Zuschusses erforderten: die Abwasseranstalt 174 M., das Wasserwerk 2277 M. Die Zahl der Privatconsumenten des Wasserwerks betrug 491, der Privatconsum belief sich auf 32,78 Liter pro Kopf und Tag. An Wasserzins wurde erhoben pro Cbm. 9 Pf. Bei der Gasanstalt betrug die Anzahl der Flammen 5253, darunter 4991 Privatflammen. Die Gasproduction betrug 619,982 Cbm. Die Bürger- und Volksschulen beanspruchten bei 1858 Schülern einen Zuschuß von 74,691 M. Der Kosten- und Aufwand für die Gewerbeschule belief sich auf 23,851 M., für die Gewerbeschulen auf 4593 M. Das Schauspielhaus hat einen Ueberschuß von 599 M. ergeben. Die Armen-Verwaltung absorbierte einen Zuschuß von 30,994 M., die allgemeine Krankenanstalt einen solchen von 2018 M., während die Krankenanstalt für weibliche Dienstboten 1030 M. mehr einnahm als ausgab. Die Verwaltung der Polizei und öffentlichen Sicherheit erforderte 44,693 M. An directen Communalsteuern sind erhoben worden 124,676 M., 150 pCt. der Klassen- und classificirten Einkommensteuer, pro Kopf der Bevölkerung 6,26 M. Die allgemeine Verwaltung kostete einen Zuschuß von 41,478 M. Der Abschluß ergibt eine Einnahme von 1,108,614 M. und eine Ausgabe von 1,082,971 M., so daß ein Bestand von 25,643 M. verbleibt. — Die Activa der Stadt betragen: a. nutzbringend 3,236,530 M., b. ertraglos 1,211,593 M., zusammen 4,448,123 M.; die Passiva dagegen 1,368,794 M., so daß ein wirkliches Activ-Vermögen von 3,079,329 M. verbleibt.

Handel, Industrie &c.

Berlin, 9. Jan. [Börse.] Die von den Abendbörsern vorliegenden Nachrichten waren weder geeignet unsere Börse zu regerer Thätigkeit zu ermuntern, noch ihr einen feilen Charakter zu verleihen. Sie eröffnete daher den heutigen Verkehr in einer lustlosen und schwachen Haltung. Die Umsätze blieben innerhalb sehr enger Grenzen und die Notirungen zeigten mehr oder weniger belangreiche Einbußen den gestrigen Schlusscoursen gegenüber. Im weiteren Verlaufe trat aber eine ziemlich intensive Besserung ein. In den Hauptspeculationsmärkten entwickelte sich ein lebhafter Verkehr und zeichneten sich hierbei besonders Oesterreichische Creditactien und sämtliche russische Staatspapiere aus. Erstere unterlagen jedoch in der zweiten Börsensunde von Neuem einem Drucke, da eines unserer ersten Bankhäuser Abgaben in größerem Umfange zur Ausführung brachte. Hierdurch wurden Creditactien auf ihr Anfangsniveau zurückgedrängt. Oesterr. Staatsbahnactien erfreuten sich einiger Beliebtheit auf die Nachricht von der Lösung des seiner Zeit mit der rumänischen Bahngesellschaft abgeschlossenen Betriebsüberlassungsvertrages. Lombarden blieben ganz vernachlässigt. Die Oesterr. Nebenbahnen waren zwar sehr zu nennen, beteiligten sich aber nur sehr wenig am Verkehr. Auch von den localen Speculationseffecten ist dies zu sagen. Disconto-Commandanttheile erlitten gegen Schluss eine kleine Abschwächung. Laura-Actien blieben total gehäuflos. Es notirten Disco-Commandit per ult. 132—131, Laurabütte per ult. 64½—64. Ausländische Fonds und Renten verfolgten keine einheitliche Tendenz. Während Orientanleihen Anfangs wieder recht lebhaft umgingen, blieb das Geschäft in den übrigen zu dieser Kategorie gehörigen Papieren bei etwas niedrigeren Coursen ziemlich still. Die Umsätze vollzogen sich in alten Russen 82,60 bis 50, neuen Russen 84,10, Orient I. 58,25—58, Orient II. 57,60—40, auf vorstehender Courstab. Russische Noten waren anfänglich befehlt und anziehend, konnten aber ihren höchsten Stand nicht voll behaupten. Die selben notirten per ult. 200,25—201,50—200,50, Prämie 202,50/1,50, Febr. 201,25—202,25—201,25, Prämie 205,8. Auf dem Markte für Anlageverthe war die Haltung indifferent. Gute Umsätze fanden in Consols und Reichsanleihen statt, doch mußten dieselben nicht unerheblich nachgeben. Für inländische Prioritäten entwickelte sich recht guter Begehr, der zu lebhaftem Geschäft in den gangbaren Sorten führte. Mainzer notirten 102. Oesterr. Prioritäten waren weniger angeregt als in den Vortagen. Gott-hard-Prioritäten gingen zu gestriger Mittelnotiz um. Russische Prioritäten blieben zwar still, theils aber begehrt, theils aber höher. Der Eisenbahnactienmarkt zeigte eine freudige Disposition, die in einer Anzahl größerer und kleinerer Werthausbesserungen zum Ausdruck kam. Bonden Rheinisch-Westfäl. Werthen wurden Bergisch-Märkische zu 75,75—90—75, Köln-Minden zu 101,25—50 bis 40, Rheinische zu 105,75 umgekehrt. Von Cassabahn gewonnen Potsdamer, Stettiner, Anhalter, Halberstädter. Die leichten Werthe und Stamm-Prioritäten waren nur wenig verändert. Rumänier anfänglich höher, schlossen nach mehrfachen Schwankungen fest. Der Bankactienmarkt verharrte in der bisherigen Leichtigkeit. Zu besseren Coursen brachte es Norddeutsche Grund-Credit. Unter Abgaben litten Preussische Boden, Weimarer Bank, Rheinlandbank, Gothaer Grundcredit, Bergwerksactien verkehrten wenig angeregt. Höhere Notirungen erzielten Aachen-Börsen, Arenberg, Annener, Märkisch-Westfälische. Niedriger wurden abgegeben Aplerbecker, König Wilhelm, Böhm. A. Unter den übrigen Industriepapieren waren Dessauer Gas, Gratiweil, Bod. gut beachtet, Halleische Maschinen dagegen niedriger. Wechsel befanden sich in festem Stande. Privatdisconto 3½ %.

Um 2½ Uhr: Matt. Credit 403, Lombarden 118, Franzosen 434,50, Reichsbank 152,25, Disconto-Commandit 130,90, Laurabütte 64,25, Türken 11,50, Italiener 74,75, Oesterr. Goldrente 63,87, Ungarische Goldrente 73,15, Oesterr. Silberrente 54,90, do. Papierrente 53,50, 5 % Russen 84,10, Köln-Minden 101,25, Rheinische 105,75, Galizier —, Bergische 75,75, Rumänen 32,70, 1860er Loose —, Russ. Noten 200,25.

Coupons. (Course nur für Posten.) Oesterreich. Silberrent-Op. 173,60 bez., do. Eisenb.-Coup. 173,60 bez., do. Papier in Wien zahlb. min. 50 Pf. i. Wien. Ameritan. Gold-Bond 4,17 bez., do. Prioritäten 4,17 bez., do. Papier-Dollars 4,16 bez., 6 % New-York-City —, bez., Russ. Central-Boden min. — Pf. Paris, do. Papier und verl. min. 75 Pf. i. Berl. Poln. Papier u. verl. min. 75 Pf. Warschau, Russ.-Engl. conf. verl. — bez., Russ. Zoll 20,535 bez., 2er Russen —, Große Russ. Staatsbahn —, bez., Russ. Boden-Credit —, bez., Warschau-Wiener Comm. 20,17 bez., 8 % Rumänische Staats-Anl. —, bez., Warschau-Zeres-pol —, bez., 3 % und 5 % Lombard min. — Pf. Paris, Diverse in Paris zahlbar min. — Pf. Paris, Holländische min. — Pf. Amsterdam, Schweizer minus — Pf. Paris, Belgische minus — Pf. Brüssel, Verl. Str.-Obligat. 20,42 bez.

Berlin, 9. Januar. [Neu-Emission preussischer Consols.] Heute Vormittag sind die Verhandlungen des Consortiums zum Abschluss gelangt, denen zufolge im Verlaufe der nächsten Woche und zwar wahrscheinlich gegen den 15. die Emission von 55 Millionen M. preussischer 4procentiger consolidirter Anleihe stattfinden wird. Die Einzahlungen auf die Anleihe werden für die Zeichnung etwas hinausgeschoben werden, während das Consortium mit seinen Einzahlungen bereits in den nächsten Tagen beginnt. Die formelle Entscheidung des Finanzministeriums wird wahrscheinlich erst in den nächsten Tagen erfolgen, doch ist die Uebernahme des Betrages als abgeschlossen anzusehen. Das Gebot auf den Uebernahme-Cours beträgt ca. 94 pCt. und die Emission wird wahrscheinlich keinesfalls über einen Cours von 95, wahrscheinlich aber eher eine Kleinigkeit darunter stattfinden.

§ Breslau, 9. Jan. [Submission auf eiserne Warnungstafeln u. c.] Die zur Vervollendung der Neubauten des Dittersbach-Glaz nach erforderlichen eisernen Warnungstafeln u. f. w. standen bei der hiesigen Bau-Abtheilung der Niederösterreichischen Eisenbahn zur öffentlichen Submission. Die zu liefernden Objecte sind: Löss I. 1) 28 Stüd Gradienten-

zeiger, 2) 83 Stüd Warnungstafeln, 3) 72 Stüd Curventafeln, 4) 23 Stüd Bahnwärter-Gradienten, sämtlich nach Dittersbach zu liefern; Löss II. 5) 17 Stüd Gradientenzeiger, 6) 94 Stüd Warnungstafeln, 7) 34 Stüd Curventafeln, 8) 40 Stüd Bahnwärter-Gradienten, sämtlich nach Glas zu liefern. Mindestfordernde waren: ad 1 Simon u. Barthe in Otilienhütte bei Bunzlau mit 560 M., S. Bröllius in Görlitz mit gleicher Forderung und Th. Klose u. Co. in Görlitz mit 521,36 M.; ad 2 die Otilienhütte mit 788,50 M. und Paul Cbler, Altwasser, mit 1062,40 M.; ad 3 die Otilienhütte mit 468 M. und F. Bergersmann in Hagen mit 504 M.; ad 4 Julius Schubert in Königshütte mit 92 M. und v. b. Marwitz'sches Eisenwerk in Bernsdorf mit 118,45 M.; ad 5 Th. Klose in Görlitz mit 316,54 M. und die Otilienhütte in Bunzlau mit 340 M.; ad 6 die Otilienhütte mit 893 M. und Carl Thomas in Dresden mit 983,40 M.; ad 7 die Otilienhütte mit 221 M. und F. Bergersmann in Hagen mit 238 M.; ad 8 Jul. Schubert in Königshütte mit 68 M. und die Otilienhütte mit 97,75 M. Auffallend waren bei dieser Submission die ungewöhnlich hohen Preisunterbieten der einzelnen Offerten, es betrugen die höchsten Forderungen ad 1 1260 M., ad 2 2318,19 M., ad 3 1512 M., ad 4 552 M., ad 5 782 M., ad 6 2679 M., ad 7 714 M., ad 8 408 M.

T. Breslau, 9. Januar. [Landwirthschaftliche Rundschau in Schlesien.] — Witterungsverhältnisse und Einflüsse. — Die Winterfaaten. — Stand der Rinderpest. — Der sonstige Gesundheitszustand unserer Viehheerden. — Getreide-Im- und Export. — Allerlei. Seit unserem letzten landwirthschaftlichen Bericht (Ende December) hat ein namhafter Umschwung in den Witterungsverhältnissen stattgefunden. Die schönen trockenen Frosttage, die bereits am 15. December begonnen hatten und bei einer solchen Schneedecke unseren heimathlichen Fluren das Gepräge einer ächten Winterlandschaft aufdrückten, wurden kurz vor Jahreschluss von Thauwetter verdrängt, das so heftig auftrat, daß nicht nur die Schneedecke schmolz, sondern daß auch binnen wenigen Tagen der Eisgang auf fast allen größeren Strömen Deutschlands und des übrigen nördlichen Europas erfolgte. Glücklicherweise hatten alle Eisbedürftigen sich mit diesem jetzt fast unentbehrlichen Stoff bereits versorgt und konnten mit größerer Resignation dem Thauwetter entgegensehen. Von langem Bestand war dieser Witterungswechsel allerdings nicht, denn bereits am 4. Januar wendete sich der Wind nach Nordwest und wenn auch noch kein directer Frost darauf eintrat, so trat doch ein allgemeines Fallen des Wassers ein und dem Eisgange wurde ein natürlicher Damm entgegengekehrt. Heute, wo wir dieses Referat schreiben, befinden wir uns bereits, wieder im vollen Winter, das Thermometer weist auf 6° unter Null, frisch gefallener Schnee breitet sich aufs Neue schüßend über unsere Aaen und mit neuer Hoffnung geben wir dem, mit jedem Tage näher kommenden Frühlinge entgegen. — Daß dieser doppelte Witterungswechsel nicht beibringend auf unsere Aaen einwirken konnte, liegt auf der Hand. Bei schwarzem, porösem, sogenannten aufziehendem Boden wird die junge Getreidepflanze förmlich aus dem Erdboden gehoben und muß unter Umständen ein neues Wurzelsystem bilden, um sich auf dem alten Standplatz zu erhalten. Delfrucht als Tiefwurzler ist dieser Calamität weniger ausgesetzt. Das schnelle Einfrieren der Erdoberfläche bei starker Feuchtigkeit hat aber auch noch den Nachtheil, daß die sich bildenden Eiskristalle wie scharfe Messer auf die zarten Pflanzen einwirken und den Schaft derselben bis ins Innere zerlegen; auch nur hier wirkt schädend eine solche Schneelage. Referent dieses ist zu wenig pessimistisch, um zu glauben, daß unsere Felder im Allgemeinen durch das rapide Woslegen der Aaen gelitten haben, jedoch mag dies schon beieigenen der Fall gewesen sein. — Nach den Bauernregeln, die ja noch heute von vielen Landwirthen selbst der neueren Schule hochgehalten werden, nimmt der Januar einen sehr günstigen Verlauf, denn die eine Regel sagt: „Auf einen gelinden Januar folgt ein kalter Februar, aber ein gutes Frühjahr und ein warmer Sommer.“ Ist der Erdboden offen, kann man auf vollen Kirchhof hoffen. Sanct Pauli schön und Sonnenschein, bringt reichen Segen an Frucht und Wein. Eine andere Bauernregel dagegen behauptet: „Ist der Januar nicht naß, füllt sich weder Speicher noch Aa.“ Die Widersprüche können nicht toller sein, und doch schwört jeder Einzelne auf das Jureissen seiner Witterungsregel. Möchten doch die Herren Gläubigen und Ungläubigen eine überhäufte Regel von Schäfer Thomas für das ganze Jahr innehalten, dieselbe lautet: „Kraß der Hahn auf dem Mist, — so ändert sich's Wetter oder es bleibt wie's ist.“ Wer Wetter in voraus bestimmen will, der studire das Wesen der Winde, denn die sind es, die in ihren Rücken Wetter brauen; aber ein solches Studium erfordert eine jahrelange ununterbrochene Beobachtung, unterstützt durch vorzügliche Instrumente und begünstigt durch eingehende meteorologische Vorkenntnisse. — Den besten Beweis für unsern Ausspruch liefern die vielen meteorologischen Anstalten und Stationen der Neuzeit. — Die Thätigkeit des Landwirthes ist momentan eine beschränkte, trotzdem aber kann und darf er sich keiner directen Ruhe hingeben, da bei einer wohlorganisirten Wirthschaft ein Tag in den andern eingreift, wie bei einem mechanischen Getriebe ein Rad in das andere. Wenn auch die Feldarbeit ruht, so ist es der Drusch der verschiedenen Getreidearten, der Arbeiter und Gespanne bei Hand- oder Maschinenbruch beschäftigt; die Zeit des Düngersaprens beginnt ebenfalls Ende des Monats und ist ein Breiten derselben bei nicht zu hoher Schneedecke und nicht zu abfallendem Terrain zu empfehlen. Die Hauptbeschäftigung des rationellen Landwirths aber während der Wintermonate bleibt die Beaufsichtigung seiner Viehheerde und der Betrieb der technischen Gewerbe, wie Brennerer, Zuder- oder Stärkefabrik, wo solche Anlagen bestehen. Für den passionirten Schaafzüchter, der in seiner Heerde vielleicht Juchheide zieht, ist diese Jahreszeit die festeste, denn es beginnt das Zuthun der Mütter zu den Böden, das sonstige Classificiren der ganzen Heerde und namentlich auch der Verlauf des auserlesenen Zuchtmateri- als. — So bietet der Winter dem thätigen Landwirth, dem seine Wirthschaft — ob Eigenthum oder nicht — am Herzen liegt, so viel Alwchschelung, er erhält so viel Gelegenheit zu neuen Beobachtungen, namentlich bei Fütterungs-Resultaten u. c., daß ihm auch diese Jahreszeit lieb wird und ihn an seine Scholle festhält. Der diesjährige Winter hat noch das Gute für sich, daß er als winterlicherer Winter in diesem Jahre lennt und bei vollen Böden und Schauern wenigstens die Nahrungsfrage für sein Vieh von der Stürn des Winters scheut. Von Tage zu Tage, wie die Sonne höher steigt, — vollständig ausgedrückt — tritt die Frühlingsabnahme stärker hervor, und mit dem ersten Frühlingslage zieht neue Freude und mitunter auch neue Hoffnung in das Herz des Landwirthes ein und bereits im Geist sieht er sich umwozt von grünen, üppigen Gefilden, heiteren, sonnigen Tagen, die ihn hinausstreben, um in dem ewigen Buch der Natur zu lesen: „Wer da mit hinaus könnte.“

Leider bietet die Landwirthschaft nicht immer Freude und Frieden, denn die Natur hat dafür gesorgt, daß die Bäume nicht bis in den Himmel wachsen. Die ruhige Beschäftigung des Grundbesizers wird unterbrochen durch Kampf nach außen und innen, hervorgerufen durch die mannigfachen Einflüsse. Augenblicklich sind es zwei Calamitäten, die störend und demmend in das Getriebe der Landwirthschaft eingreifen: 1) die so niedrigen Getreidepreise, verbunden mit Creditlosigkeit und 2) die von mehreren Seiten drohende Rinderpest, die trotz aller Gegenmaßregeln immer mehr um sich greift und selbst im Osten, jenseits der Grenze, an verschiedenen Orten verheerend auftritt.

In den Regierungsbezirken Merseburg und Potsdam haben seit Ende December keine Erkrankungen mehr stattgefunden, dagegen ist im Regierungsbezirk Frankfurt a. d. O. in nachstehenden Kreisen die Seuche constatirt: Kreis Lebus in einem Gehöft zu Amt Kietz, Kreis West-Sternberg in einem Gehöft zu Dörscher; außerdem sind in den früher bereits infectirten Kreisen desselben Regierungsbezirks aufs Neue zwölf Drischten von der Krankheit ergriffen worden. Die Anzahl der seit dem Auftreten der Rinderpest getödeten Thiere beträgt nach amtlichen Nachrichten bis zum 1. Jan. 1879: Im Regierungsbezirk Merseburg 8 Stüd Rindvieh, im Regierungsbezirk Potsdam 137 Stüd Rindvieh, 12 Schafe und 1 Ziege, im Regierungsbezirk Gumbinnen 198 Stüd Rindvieh und im Regierungsbezirk Frankfurt 1419 Stüd Rindvieh, 1013 Schafe und 237 Stüd Ziegen; zusammen 1762 Stüd Rindvieh, 1025 Stüd Schafe und 238 Stüd Ziegen. Wie viel bis heute aufs Neue der Kugel oder der Keule verfallen sein mag, läßt sich nicht angeben, jedoch ist die Seuche nach oben stehendem Bericht eher im Zunehmen als im Abnehmen begriffen und wird gewiß noch bedeutende Opfer des nationalen Wohlstandes verlangen. Nach oberflächlicher Schätzung beträgt der bisherige pecuniäre Verlust ca. 540,000 M., die ohngefähr den Staat betreffen würden, abgesehen von den unberechenbaren Verlusten, der trotz des scheinbaren Erfolges jeder einzelne Besitzer unterliegt. — Schon vorstehend angegebene Summe wäre als Anlage-Capital zu Beobachtungsstationen der Seuchenheerde in den Steppen ein bedeutendes Äquivalent — und möge es das Zeugniß kosten, immer febrer wird zu dem bereits ausgesprochenen Grundgedanken zurück: „Nur durch Jahre langes, eingehendes Studium an Ort und Stelle werden wir im Stande sein, die Ursachen und zugleich auch die Heilung dieser allerhöchsten Wissenschaft sportenden Krankheit kennen zu lernen.“ Vielleicht läßt sich man noch jetzt über den Eifer, mit dem wir heute, wie seit Monaten, dieselbe Idee verfolgen, vielleicht zwingt uns die Noth später zu diesem Schritt, nachdem ganze Provinzen, wie seiner Zeit in Holland und Frankreich, von dem ver-

nichtet sind. Möchte doch die gesammte Presse gerade jetzt dafür eintreten, der Dant des Volkes wird nicht ausbleiben.

Auch in Siebenbürgen, in der Nähe von M. Wensburg, soll Privatbriefen zufolge die Rinderpest wieder ausgebrochen sein. Dort pflegt dieses Uebel, wo das Haupt-Rindvieh im Verhältniß wenig gilt und die Viehheerden der Regierung sehr primitiver Natur sind, immer unabsehbare Dimensionen anzunehmen. Ein dort ansässiger Großgrundbesitzer (Hr. v. Schw.) ehemaliger Schleifer, entwirft darüber ein grauenvolles Bild und warnt vor jedem Anlauf aus jener Gegend, da dieselbe eigentlich nie Seuch-frei sei und trotzdem immer Transporte, wenn auch auf Umwegen nach Deutschland geschafft würden. Ist dies in der Wahrheit der Fall, was nicht zu bezweifeln ist, so ist unser engeres wie weiteres Vaterland trotz aller Vorsicht immer derselben Gefahr ausgesetzt. — Glücklicher Weise ist unsere Provinz bis jetzt noch frei von diesem Uebel und erfreuen sich überhaupt unsere Viehheerden eines allgemeinen Wohlbefindens. Periodische Klagen über auftretende Maul- und Klauenseuchen, etwas Schlenkengries u. c., zählen wir zu keinen beunruhigenden Krankheiten, konnten uns aber eines stillen Nachhins nicht enthalten, als wir vor kurzer Zeit in einem hiesigen Organe unter Provinz-Posten die folgende Notiz lasen: „An dem Orie N. sei der Hustpalt erschossen.“ Uns war es unbekannt, daß man dieses, meist durch mechanische Einflüsse entstehende, glücklicher Weise sehr selten vorkommende Leiden zu den gefährlichen Krankheiten zählt.

In größeren Wirthschaften, wo die Mastung während der kälteren Temperatur eigentlich ihren Höhepunkt erreicht hat, verabsäume man ja nicht, stärkere Dosen Salz dem Futter beizugeben, um die Verdauung nicht nur zu erleichtern, sondern auch zu beschleunigen. Das Salz oder Chloranion, bekanntlich eine Verbindung einer giftigen Gasart, des Chlors mit dem Metall der Soda, dem Natrium, ist eben so verdaulich, wie es nahrhaft ist. Vom Wasser wird es mit der größten Leichtigkeit gelöst und kann leicht menschlicher und thierischer Organismus ohne dasselbe bestehen, da Korpel und Blut ohne eine gehörige Quantität desselben ihre regelmäßige Zusammensetzung nicht behaupten können.

Bei stärkerer und kräftiger Fütterung, wie dies bei Mastfutter der Fall sein muß, ist der Blutbildungsproceß ein weit intensiver als sonst, deshalb muß dem Organismus mehr Salz, wie bei leichterem Futter zugeführt werden, damit die Mischung des Blutes eine natürliche und richtige wird. Eben so empfehlenswerth ist es tragenden Thieren jeder Gattung stärkere Salzgaben zu verabreichen.

Der Getreide-Import dauert mit kurzen Unterbrechungen durch die Feiertage und einige kalte Schneefälle in Ungarn und Galizien fort, trotzdem die ungeheure Mangel- und Flaubeit auf unseren Märkten, wenigstens durch aufmunternde Nachrichten von außerhalb in etwas unterbrochen wird. Die Transporte aus genannten Ländern nehmen gewöhnlich Mitte Februar ein Ende, weil bis dahin auf den meisten größeren Befestigungen der Drusch zu Ende ist und auch gegen Ende des nächsten Monats bei zeitigem Frühjahr die Aderbestellung bereits beginnt. Erst zu dieser Zeit werden auch die hiesigen Lager theilweise geräumt und ist alsdann wohl sicher auf ein Steigen der Getreidepreise zu rechnen. Auch unsere Landwirthe haben bis dahin in den meisten Fällen die Scheuern geleert, und wer mit seinen Vorräthen diese Zeit abwarten kann, dürfte noch annehmbare Gebote erzielen. — In einem unserer letzten Referate machten wir auf die Dängung mit Kapsfugen und Lupinen aufmerksam, da beide Surrogate wegen ihrer billigen Noirungen und sonstigem Futterüberfluß dieses Jahr zu diesem Zwecke zu empfehlen sind. Auch eine andere Zeitung machte denselben Vorfall, wenn auch später, hat aber die Preisnotirung dabei so niedrig bemessen, daß ein Einkauf zu dieser Noth unmöglich ist. Bei etwaigen Dängungsversuchen mit Lupinen ist letztere fein zu schroteten (wie feiner Maisgries), mit gutem Boden, etwa dem dreifachen Gewicht zu vermischen und mit einer Breitsammaschine auszustreuen. Neueste und empfehlenswerthe Confectionen letzterer Maschine, die auch feinsten Dünger mit derselben Gleichmäßigkeit austreuen, sind die von der Firma „Seewald und Briesemuth“ in Striegau. Das Quantum der zum Düngen verwendeten Lupinen veranschlagen wir pro Morgen auf 2½ Ctr. = 125 Rth., darin 79 Rth. 43 Rgr. trocknethaltige Substanz enthalten. Zum Schluss unseres Referats machen wir Heiter und Verleibhaber auf die immer mehr sich verbreitenden Sattel-Selbstgüter von Steinbach u. Co. in Wien, als unentbehrlichen Theil eines sicher gefalteten Pferdes aufmerksam. Durch diese kleine Maschine ist das Pferd stets richtig und fest gesattelt, ohne daß der Reiter nöthig hat, selbst bei den größten Distanzen im geringsten nachzusehen. Wer da weiß, wie schwierig es ist, bei einem starreißigen Pferde oder bei einem Wäher oder gar bei einem Thiere, das an Sattelschwanz leidet eine richtige und dabei ausdauernde Sattellage zu erzielen, der laßt sich gewiß gern diese kleine, an jeden Sattel anbringende Vorrichtung. An Damen- und Cavallerie-Sätteln sollte dieser Selbstgüter nicht fehlen. Wie alles Gute Nachahmer findet, so auch hier. Ein Herr Fehrmann zu Potsdam hat eine ähnliche Selbstgüter schmale angefertigt, die aber bei einer Probe von einer Commission in Potsdam sich nicht als zureichend bewies und nicht empfohlen werden konnte. Das Patent dieser Sattel-Selbstgüter von Steinbach ist in die Hände unseres Landsmannes Herrn Eberhard Wanziger zu Breslau, Bahnhofsstr. 22, übergegangen und kann von dort bereits bezogen werden.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Frankfurt a. M., 9. Januar, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluss-Course.] Londoner Wechsel 20, 48. Pariser Wechsel 81, 00. Wiener Wechsel 173, 60. Böhmische Westbahn —, Elisabethbahn 138½, Galizier 200½, Franzosen 218, Lombarden 58½, Norddeutsche 96½, Silberrente 54½, Papierrente 53½, Oesterr. Goldrente 64½, Ungar. Goldrente 73½, Italiener 75½, Russ. Bodencredit 74½, Russen 1872 83½, Neue russische Anleihe 84½, Amerikaner 1885 —, 1860er Loose 112½, 1864er Loose 259, 50, Creditactien 202½, Oest. Nationalbank 679, —, Darmstädter Bank 115½, Meiningen Bank 74½, Hess. Ludwigsbahn 67, Ungarische Staatsloose 153, 00, do. Schatzanweisungen, alte —, do. Schatzanweisungen, neue 101½, do. Oesterr.-Obligat. 11, 64½, Central-Bank 105, Reichsbank 152½, Reichs-Anleihe 95½, Orientanleihe 57½, Discont — pCt. Feit.

Nach Schluss der Börse: Creditactien 202½, Franzosen 217½, Lombarden —, Oesterr. Goldrente —, Ungar. Goldrente —, Galizier —, 1877er Russen —.

*) per medio resp. per ultimo.
Hamburg, 9. Januar, Nachmittags. [Schluss-Course.] Hamburger St.-Br.-A. 116, Silberrente 54½, Oest. Goldrente 63½, Ung. Goldrente 73½, Creditactien 201½, 1860er Loose 112½, Franzosen 544, Lombarden 147, Italienische Rente 75, Neueste Russen 84, Vereinsbank 119, Laurabütte 64, Commerzbant 100½, Norddeutsche 135½, Anglo-deutsche 34½, Int. Bank 84, Amerik. de 1885 98½, Köln-Minden. St.-A. 101½, Rhein-Eisenbahn do. 106, Bergisch-Märkische do. 76, Disconto 3 pCt. — Schluss schwächer.

Hamburg, 9. Jan., Nachmittags. [Getreidemarkt.] Weizen loco und auf Termine unverändert. Roggen loco und auf Termine fest. Weizen per April-Mai 181 Rr., 180 Rr., per Mai-Juni 183½ Rr., 182½ Rr., Roggen per April-Mai 119 Rr., 118 Rr., per Mai-Juni 120 Rr., 119 Rr., Hafer und Gerste unverändert. Rüböl rubig, loco 58, per Mai 58. Spiritus matt, per Januar 43 Rr., per Febr. März 43 Rr., per April-Mai 43½ Rr., per Mai-Juni 43½ Rr., Kaffee sehr fest, Umrah 8000 Sack. Petroleum fest, Standard white loco 9, 10 Rr., 8, 90 Rr., per Januar 8, 90 Rr., per Febr. März 9, 35 Rr., Wetter: Frost.

Liverpool, 9. Januar, Vormittags. [Baumwolln.] (Anfangsbericht.) Baumwollener Umrah 7000 A. unverändert. Tagesimport 7000 B., davon 4000 B. amerikanische, 3000 B. ägyptische.
Liverpool, 9. Januar, Nachmittags. [Baumwolln.] (Schlussbericht.) Umrah 7000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Matt. Middl. amerikanische Januar-Februar-Lieferung 5½, Februar-März-Lieferung 5½ R.

Paris, 9. Jan., Vormittags 11 Uhr. [Productenmarkt.] Weizen loco schwächer, Termine matt, per Frühjahr 8, 50 Rr., 8, 52 Rr., Safer per Frühjahr 5, 75 Rr., 5, 80 Rr., Mais (Wanat) per Frühjahr 4, 92 Rr., 4, 95 Rr. — Wetter: Nebel.

Paris, 9. Januar, Nachm. [Productenmarkt.] (Schlussbericht.) Weizen rubig, per Januar 27, 00, per Februar 27, 25, per März-April 27, 25, März-Juni 27, 50, Wehl rubig, per Januar 60, 00, per Februar 60, 00, per März-April 60, 25, per März-Juni 60, 50, Rüböl fest, per Januar 83, 00, per Februar 83, 75, per März-April 83, 75, per Mai-August 84, 00, Spiritus matt, per Januar 60, 75, per Mai-August 59, 75. — Wetter: Bedeckt.

Paris, 9. Januar, Nachm. Rohzuder rubig, Rr. 1013 vr. Januar pr. 100 Kilogr. 51, 60, Rr. 5 7/8 vr. Januar pr. 100 Kilogr. 57, 00. Weiser Zuder behauptet, Nr. 3 per 100 Kilogr. per Jan. 60, 50, per Febr. 60, 50, per Mai-August 62, 50.

Antwerpen, 9. Januar, Nachmittags. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen flau, Roggen schleppend. Hafer vernachlässigt. Gerste weichen.

Antwerpen, 9. Januar, Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Petroleum-Markt.] (Schlussbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 23 bez. u. Br.

Berliner Börse vom 9. Januar 1879.

do.	B.	3½	—
do.	C.	—	—
do.	D.	4	—
do.	E.	3½	101,25 Bz
do.	F.	4½	100,10 bzB
do.	G.	—	101,60 B
do.	H.	—	101,60 B
do.	von 1869.	5	101,50 G
do.	von 1873.	5	92,00 G
do.	von 1874.	4½	100,25 G
do.	Brick-Nordb.	4½	99,50 G
do.	Cosel-Oderb.	4	95,75 bz
do.	do.	5	103,50 bzB
do.	Stargard-Posen	4	—
do.	do. II. Em.	4½	—
do.	do. III. Em.	4½	—
do.	Ndrschl.Zwgb.	3½	79,50 G
Ostpreuss. Südbahn.		4½	99,40 bz
Nechte-Oder-Ufer-B.		4½	100,60 bz
Schlesw. Eisenbahn.		4½	—
<hr/>			
Dach-Bodenbach . . .	fr.	64,50 G	
do. II. Emission . . .	fr.	55,80 G	
Prag-Dux	fr.	15,75 bzG	
Gal. Carl-Ludw.-Bahn	5	86,70 bzG	
do.	do. neue 5	86,20 G	
Kaschau-Oderberg . .	5	60,40 bzG	
Ung. Nordostbahn . .	5	57,50 bzG	
Ung. Ostbahn	5	55,60 bz	
Lemberg-Czernowitz .	5	68,00 bzB	
do.	do. II 5	68,40 bz	
do.	do. III 5	62,59 G	
do.	do. IV 5	59,06 bzG	
Mährische Grenzbahn .	5	55,75 G	
Mähr.-Schl. Centralb. .	fr.	19,50 bzG	
Kronp. Rudolf-Fab. . .	fr.	65,25 bz	
Oesterr.-Französische .	3	344,50 bzG	
do. do. II. 3	3	354,06 bzG	
do. südl. Staatsbahn 3	3	239,00 B	
do.	do. neue 3	239,30 bz	
do.	do. Obligationen 5	83,90 bz	
Rumän. Eisen.-Oblig.	6	82,90 bz	
Warschau-Wien II . .	5	95,00 bzB	
do.	do. III. 5	94,75 bz	
do.	do. IV. 5	86,00 bzB	
do.	do. V. 5	82,25 bz	

Berl. Eisenb.-Bd.-A.	—	fr.	489 B
D. Eisenbahnh.-C.	0	—	7,00 E
do. Reichs-u.Co.-B.	0	—	70,00 bz
Märk. Sch. Masch. G.	0	—	25,25 bzG
Nordd. GummiFab.	4	—	46 bzB
Westend. Com.-G.	—	fr.	0,20 G
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	8	—	84,90 G
Schles. Feuervers.	25	fr.	910 E
Donnersmarkhütt.	3	—	23,25 B
Dortm. Union . . .	0	—	67,50 bz
do. Abt.	0	—	1,90 G
Königs-u. Laurah.	2	—	64,50 bzB
Lauchhammer . . .	0	—	21,75 G
Marienhütte . . .	3	—	44,50 G
Oschl. Eisenwerke	—	—	—
Cons. Redenhütte .	—	—	—
Schl. Kohlenwerke	0	—	8 G
Schl.Zinkh.-Actien	61 $\frac{1}{2}$	—	79,50 E
do. St.-Pr.-Act.	61 $\frac{1}{2}$	41 $\frac{1}{2}$	96,00 B
Tarnowitz. Bergb.	0	—	—
Vorwärtshütte . . .	9	—	4,00 bzG
Baltischer Lloyd .	—	fr.	5 B
Bresl. Bierbrauer.	0	—	—
Bresl. E.-Wagenb.	1	—	51,00 B
do. ver. Oelfabr.	5	—	49,00 G
Erdm. Spinnerei .	0	—	—
Grürlitz. Eisen.-B.	4	—	—
Hoffm.'sWag.Fabr.	0	—	14,90 bzG
O.-Schl. Eisen.-B.	0	—	29,25 G
Schl. Leinenind.	4	—	65 bzG
do. Porzellan . .	11 $\frac{1}{2}$	—	30,00 B
Wilmshelm. MA.	0	—	20 B

Bank-Discont 4 $\frac{1}{2}$ pCt.
 Lombard-Zinsfuß 5 $\frac{1}{2}$ pCt.

Wien, 9. Jan: Die „Polit. Corresp.“ meldet aus Konstantinopel, daß der Instruction, welche man den nach Albanien entsendeten türkischen Commissären mitzugeben, theilweise ein Vorschlag Danisch Esfendis zu Grunde gelegt worden sei, der darauf abziele, einem event. Zusammenstoße zwischen dem türkischen Militär und den Albanesen vorzubeugen. Diesem Vorschlage gemäß sollten nach vorausgegangener Verständigung mit den Montenegrinern successive Zabljak und Spuz, dann Bell und Malibrd, zuletzt Podgorica in der Weise geräumt werden, daß das gesammte türkische Militär, sowie die türkischen Beamten sich zurückzögen und es den nachfolgenden Montenegrinern überließen, unverweilt die geräumten Positionen zu besetzen. Das türkische Kriegsmaterial würde gegen nachträgliche Inven-
tentrung den Montenegrinern provisorisch überlassen werden. — Die am 18. d. in Tirnowa zusammen tretende bulgarische Nationalver-

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graf, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.